

AMTSBLATT

F 1292 B

für den Regierungsbezirk Düsseldorf

180. Jahrgang

Ausgegeben in Düsseldorf, am 23. Juli 1998

Nummer 29

**B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung****Allgemeine Innere Verwaltung**

- 251 Erteilung einer Vermessungsgenehmigung (Dipl.-Ing. Eike H. G. Blum, Remscheid). S. 187
- 252 Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises (Polizeimeister Axel Franke). S. 187
- 253 Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises (Polizeikommissar Berndt Budt). S. 187
- 254 Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises (Polizeimeister Holger Moyseschewitz). S. 188

Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

- 255 Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Broichhof der Stadtwerke Neuss (Wasserwerksbetreiber) – Wasserschutzgebietsverordnung Broichhof vom 5. Juni 1998 – /1 Karte. S. 188

Gewerbeaufsicht

- 256 Antrag der Firma RWE Energie AG auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz. S. 209

**C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen
anderer Behörden und Dienststellen**

- 257 Neugenehmigung einer Anlage gemäß § 4 BImSchG – Antrag auf Genehmigung – (Fa. TEERBAU GmbH, Prinz-Friedrich-Straße 3, 45257 Essen). S. 210
- 258 Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung des „Automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB)“ für den Bereich der Gemarkungen Hamborn, Walsum und Baerl gemäß § 11, Abs. 4 und § 27, Abs. 5 des Vermessungs- und Katastergesetzes NW in Verbindung mit § 3 der 1. Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz. S. 211
- 259 Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches (Nr. 1 938 253 0). S. 211

Beilage: 1 Karte

**B.
Verordnungen,
Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung**

Allgemeine Innere Verwaltung

- 251 **Erteilung
einer Vermessungsgenehmigung**
(Dipl.-Ing. Eike H. G. Blum, Remscheid)

Bezirksregierung
33.2416

Düsseldorf, den 9. Juli 1998

Ich habe dem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur

Dipl.-Ing. Eike H. G. Blum
Stockder Straße 4
42857 Remscheid

die Genehmigung erteilt, Katastervermessungen durch den

Vermessungsassessor Dipl.-Ing. Stefan Pricken ausführen zu lassen (Vermessungsgenehmigung I).

An die
Kreise
und kreisfreien Städte
als Katasterbehörden
des Bezirks

Abl. Reg. Ddf. 1998 S. 187

- 252 **Ungültigkeitserklärung
eines Polizeidienstausweises**
(Polizeimeister Axel Franke)

Bezirksregierung
25.3-1504

Düsseldorf, den 2. Juli 1998

Der Polizeidienstausweis Nr. 853, ausgestellt für den Polizeimeister Axel Franke am 2. Mai 1996 vom Landrat als Kreispolizeibehörde Neuss, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 1998 S. 187

- 253 **Ungültigkeitserklärung
eines Polizeidienstausweises**
(Polizeikommissar Berndt Budt)

Bezirksregierung
25.3-1504

Düsseldorf, den 2. Juli 1998

Der für den Polizeikommissar Berndt Budt von den PAI (BPH III) am 18. September 1990 ausgestellte Polizeidienstausweis Nr. 15839 ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 1998 S. 187

254 **Ungültigkeitserklärung
eines Polizeidienstausweises**
(Polizeimeister Holger Moyseschewitz)

Bezirksregierung
25.3-1504

Düsseldorf, den 2. Juli 1998

Der vom Oberkreisdirektor der Kreispolizeibehörde Mettmann für den Polizeimeister Holger Moyseschewitz am 19. Februar 1998 ausgestellte Dienstausweis mit der Nr. 516/01924 ist gestohlen worden. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 1998 S. 188

Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

255 **Ordnungsbehördliche Verordnung
zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes
für das Einzugsgebiet der
Wassergewinnungsanlage Broichhof
der Stadtwerke Neuss (Wasserwerksbetreiber) –
Wasserschutzgebietsverordnung Broichhof
vom 5. Juni 1998 – /1 Karte**

Bezirksregierung
54.17.02-139

Düsseldorf, den 6. Juli 1998

Inhalt:

- § 1 Räumlicher Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Schutzzweck der Zonen I-III
- § 4 Schutz in den Zonen I-III
- § 5 Duldungspflichten
- § 6 Düngeanzeigeverfahren
- § 7 Anzeigeverfahren zur Anwendung von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln (PBSM)
- § 8 Genehmigungen
- § 9 Befreiungen
- § 10 Vorrang der Kooperation
- § 11 Ordnungswidrigkeiten
- § 12 Andere Rechtsvorschriften
- § 13 Inkrafttreten

Aufgrund der §§ 19 und 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG –) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529, ber. S. 1654), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1440), der §§ 14, 15, 116, 117, 134 bis 141, 150, 161 und 167 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG –) vom 4. Juli 1979 (GV. NW. S. 488/SGV. NW. 77) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NW. S. 925/SGV. NW. 77), der §§ 13, 25, 27 bis 30, 33 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG –) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NW. S. 528/SGV. NW. 2060), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 1993 (GV. NW. S. 987)

wird im Einvernehmen mit dem Landesoberbergamt Dortmund verordnet:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Broichhof der Stadtwerke Neuss (Begünstigter im Sinne von § 15 Abs. 1 LWG) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

(2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die weitere Schutzzone (Zone III) – diese unterteilt in zwei Bereiche (Zone III B, Zone III A) –, die engere Schutzzone (Zone II) und den Fassungsbereich (Zone I).

(3) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich im Kreis Neuss auf:

Gemarkung	Flur (ganz)	Flur (teilweise)
Neuss	42, 43, 44	38, 39, 40, 41, 45, 46, 48, 49, 50
Grefrath	5, 6, 8, 11	4, 7, 9, 10
Büttgen	21, 22, 23	12, 13, 14, 15, 16, 20
Glehn	6, 7, 8, 10, 20, 21, 24	3, 5, 22, 23
Bedburdyck	7, 8, 9	6, 10, 20, 21, 24, 28, 30
Hemmerden	16	1, 2, 3, 4, 5
Kelzenberg		16

(4) Über das Wasserschutzgebiet mit seinen Schutzzonen gibt die dieser Verordnung angefügte Übersichtskarte im Maßstab 1:25 000 einen Überblick.

Im einzelnen ergibt sich die Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen aus der Schutzgebietskarte im Maßstab 1:5 000, die aus 18 Blättern besteht.

In den Karten sind die Zone IIIB braun, die Zone IIIA gelb und die Zone II grün umrandet, die Zone I ist rot angelegt.

Aus der dieser Verordnung beigefügten Anlage A ergeben sich die Genehmigungs- und Anzeigepflichten und Verbote für die einzelnen Schutzzonen.

Die Übersichtskarte, die Schutzgebietskarte und die Anlage A sind Bestandteile dieser Verordnung. Die Verordnung mit Übersichtskarte, Schutzgebietskarte und Anlage liegt zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bei folgenden Behörden aus:

1. Bezirksregierung Düsseldorf
Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf
– Obere Wasserbehörde –
2. Landrat des Kreises Neuss, 41513 Grevenbroich
– Untere Wasserbehörde –
3. Stadtdirektor Neuss,
Rathausmarkt 2, 41460 Neuss
4. Stadtdirektor Kaarst, 41544 Kaarst
5. Stadtdirektor Grevenbroich,
41490 Grevenbroich
6. Stadtdirektor Korschenbroich,
41335 Korschenbroich
7. Gemeindedirektor Jüchen, 41353 Jüchen.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Abwasser ist durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser (Niederschlagswasser). Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

(2) Abwasseranlagen sind neben Abwasserbehandlungsanlagen alle Einrichtungen, die Abwasser heben, transportieren, zurückhalten, lagern oder sammeln.

(3) Abwasserbehandlungsanlagen sind Einrichtungen, die dazu dienen, die Schadwirkung des Abwassers zu vermindern oder zu beseitigen und den anfallenden Klärschlamm für eine ordnungsgemäße Beseitigung aufzubereiten mit Ausnahme von Kleinanlagen, wie z. B. Amalgamabscheidern bei Zahnärzten und Leichtflüssigkeitsabscheidern.

(4) Erweitern (einer Anlage) ist jede flächen- oder volumenmäßige Vergrößerung einer Anlage sowie jede Kapazitätserweiterung, die über den bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits genehmigten Umfang hinausgeht.

(5) Festmist ist ein Gemisch aus Kot, wenig Harn und Einstreu (z. B. Stallmist, Geflügeltrockenkot).

(6) Eine gewässerschonende Düngung liegt vor, wenn entsprechend dem Nährstoffbedarf der Pflanzen in einer Weise gedüngt wird, daß eine Gewässerverunreinigung ausgeschlossen ist. Die Nährstoffgaben sind mit Datum, Art und Menge des jeweiligen Nährstoffes aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind 9 Jahre lang aufzubewahren und auf Aufforderung der Unteren Wasserbehörde vorzulegen.

(7) Gülle sind die Gemische aus Kot- und Harnausscheidungen von Rindern, Schweinen oder Geflügel, auch vermischt mit Wasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte. Zur Gülle im Sinne dieser Verordnung gehören auch die Ausscheidungen von Geflügel ohne Zusatz von Abwasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte (Geflügelkot).

(8) Intensivbeweidung im Sinne dieser Verordnung ist die Beweidung oder Viehhaltung in Pferchen ab vier Großvieheinheiten pro Hektar und Weideperiode (März bis November).

(9) Jauche sind die Harnausscheidungen von Nutztier, insbesondere Rindern, Pferden, Schweinen, Schafen oder Ziegen, auch vermischt mit Wasser, Einstreu oder Futterresten.

(10) Kahlschlag ist die gleichzeitige Entnahme aller Bestandsglieder eines Waldes auf einer Fläche von über 0,3 ha.

(11) Nährstoffträger im Sinne dieser Verordnung sind alle Stoffe, die freie Nährstoffe enthalten oder solche nach einer Mobilisierung freisetzen, wie z. B. Gülle, Jauche, Festmist, Klärschlamm, Kompost, Silagesickersaft, mineralische Düngemittel.

(12) Nicht zugelassene Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PBSM) in Wasserschutzgebieten bestimmen sich nach der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung.

(13) Eine gewässerschonende Anwendung zugelassener Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (PBSM) liegt dann vor, wenn durch die Anwendung die Besorgnis einer Gewässerverunreinigung ausgeschlossen ist. Die einzelnen Anwendungsgaben sind mit Datum, Art und Menge aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind 9 Jahre lang aufzubewahren und auf Aufforderung der Unteren Wasserbehörde vorzulegen.

(14) Recycling-Materialien im Sinne dieser Verordnung sind die in den gemeinsamen Runderlassen des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr – IV A 3-953-26308 – III B 6-32-40 (45) vom 25. 4. 1991 – III B 6-32-15/102 – und 30. 4. 1991 genannten industriellen Nebenprodukte und Recyclingbaustoffe sowie Gießereiabfälle gemäß den technischen Regeln der LAGA „Anforderungen an die Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen“ Teil 3 – Mineralische Reststoffe/Abfälle aus Gießereien und vergleichbare mineralische Abfälle, die mindestens den Anforderungen des v. g. Erlasses bzw. den jeweils einschlägigen Technischen Regeln der LAGA entsprechen.

(15) Wassergefährdende Materialien sind feste Stoffe, aus denen wassergefährdende Stoffe auswaschbar oder auslaugbar sind (z. B. Bauschutt, Müllverbrennungsrückstände, Schlacken, Rückstände des Bergbaus).

(16) Wassergefährdende Stoffe sind feste, flüssige oder gasförmige Stoffe, die sich im Wasser lösen, sich mit diesem vermischen, an seinen Inhaltsstoffen haften oder seine Oberfläche bedecken und dadurch die physikalischen, chemischen oder biologischen Eigenschaften des Wassers nachteilig verändern können, insbesondere

- Säuren, Laugen,
- Alkalimetalle, Siliciumlegierungen mit über 30 v. H. Silicium, metallorganische Verbindungen, Halogene, Säurehalogenide, Metallcarbonyle und Beizsalze,
- Mineral- und Teeröle sowie deren Produkte,
- flüssige sowie wasserlösliche Kohlenwasserstoffe, Alkohole, Aldehyde, Ketone, Ester, halogen-, stickstoff- und schwefelhaltige organische Verbindungen,
- Chemische Mittel für Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung (Pflanzenschutzmittel),
- Gifte,
- organische Lösungsmittel,
- radioaktive Stoffe,
- Jauche, Festmist, Gülle und mineralische Düngemittel,
- Silagesickersaft und Molke,
- Klärschlamm und Kompost.

Zu den wassergefährdenden Stoffen im Sinne dieser Verordnung gehören auch die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die nähere Bestimmung wassergefährdender Stoffe und ihre Einstufung entsprechend ihrer Gefährlichkeit (VwVwS) des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 9. März 1990 (GMBl. S. 114) in der jeweils geltenden Fassung aufgeführten Stoffe.

(17) Wassergefährliche Großanlagen sind Betriebe und Anlagen, die in erheblichem Umfang wassergefährdende Stoffe abstoßen oder in denen regelmäßig in erheblichem Umfang mit wassergefähr-

denden Stoffen umgegangen wird (Lagern, Sammeln, Umschlagen, Abfüllen, Herstellen, Behandeln, Verwenden, Transportieren).

(18) Wesentliches Ändern bzw. wesentliches Erweitern einer Anlage ist jede Änderung bzw. Erweiterung, die die Frage nach einer Besorgnis der Gewässergefährdung erneut aufwirft. Für wesentliche Änderungen, die zugleich eine Erweiterung darstellen, gelten vorrangig die Regelungen betreffend die Erweiterung.

§ 3

Schutzzweck der Zonen I-III

(1) Die Zone I soll den Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage und ihrer unmittelbaren Umgebung vor jeglichen Verunreinigungen und Beeinträchtigungen gewährleisten.

(2) Die Zone II soll den Schutz vor Verunreinigungen durch pathogene Mikroorganismen (z.B. Bakterien, Viren, Parasiten und Wurmeier) sowie vor sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die bei geringer Fließdauer und -strecke zur Trinkwassergewinnungsanlage gefährlich sind.

(3) Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen oder vor radioaktiven Verunreinigungen gewährleisten.

§ 4

Schutz in den Zonen I-III

(1) In der Zone I sind alle Handlungen verboten, die nicht dem ordnungsgemäßen Betreiben, Warten oder Unterhalten der Wassergewinnungsanlage, der behördlichen Überwachung der Wasserversorgung oder dem Ausüben der Gewässeraufsicht dienen (vgl. auch Anlage A).

Insbesondere ist der Einsatz chemischer Mittel für den Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung und jegliche Düngung verboten. Land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen sowie gartenbauliche Nutzung sind verboten, soweit sie nicht dem Erhalten und Pflegen der zum Schutz des Grundwassers notwendigen Grasnarbe und des Baumbestandes dienen.

Das Betreten der Zone I ist nur solchen Personen gestattet, die im Interesse der Wasserversorgung handeln oder mit behördlichen Überwachungsaufgaben betraut sind.

(2) In den Zonen II bis IIIB gelten die in der Anlage A aufgeführten Verbote und Genehmigungspflichten. Soweit die Regelungen sich auf das Errichten, Herstellen, Erweitern, wesentliches Ändern beziehen, gelten sie nicht für den rechtmäßigen Vollzug einer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung vorliegenden bestandskräftigen Genehmigung.

(3) Bei militärischen Übungen und Liegenschaften sind die im DVGW-Merkblatt W 106 „Militärische Übungen und Liegenschaften der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten“ vom April 1991 festgelegten Ge- und Verbote zu beachten.

§ 5

Duldungspflichten

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sowie der Wasserwerksbetreiber haben die wasserbehördliche Überwachung des Wasserschutzgebietes, ins-

besondere die Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen sowie das Beobachten der Gewässer und des Bodens gemäß §§ 19 Abs. 2 Nr. 2, 21 WHG und §§ 116, 117 und 167 Abs. 2 LWG zu dulden.

(2) Die zuständige Untere Wasserbehörde ist berechtigt, im Einzelfall gegenüber Eigentümern und Nutzungsberechtigten von Grundstücken die Duldung weiterer Maßnahmen anzuordnen (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 Satz 1 WHG). Dies gilt insbesondere für die Duldung der Anpassung von Anlagen und Einrichtungen an die Vorschriften dieser Verordnung, deren Beseitigung oder erforderliche Sicherungsmaßnahmen für Anlagen und Einrichtungen, von denen die Besorgnis einer Gewässerverunreinigung oder nachteiligen Veränderung der Eigenschaften eines Gewässers ausgehen. Die Duldungsanordnung kann unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes auch für Anlagen und Einrichtungen erfolgen, die nach Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechtes in Bestand und Betrieb geschützt sind (Bestandsschutz).

(3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten sowie der Wasserwerksbetreiber sind darüber hinaus verpflichtet:

1. Das Errichten, Betreiben und Unterhalten von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten;
2. das Aufstellen, das Unterhalten oder das Beseitigen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern;
3. das Auffüllen von Mulden und Erdaufschlüssen;
4. das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden zum Beobachten, Messen und Untersuchen des Grundwassers und zur Entnahme von Bodenproben;
5. das Anlegen und Betreiben von Grundwasserbeobachtungsbrunnen;
6. das Errichten und Unterhalten von Anlagen zur Sicherung gegen Überschwemmungen;
7. das Beseitigen von Erdaufschlüssen oder Ablagerungen und
8. die Kontrolle der Funktion und des Betriebes von Abwasseranlagen

zu dulden. Den Betroffenen, auf deren Grundstücken Untersuchungen im Vollzug der Schutzgebietsverordnung durchgeführt werden, ist das Ergebnis der Untersuchung mitzuteilen.

(4) Die Untere Wasserbehörde ordnet gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten die Duldung gemäß den Absätzen 2 und 3 durch schriftlichen Bescheid an. Der Wasserwerksbetreiber und das Staatliche Umweltamt sind vorher zu hören. Soweit bergrechtliche Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit dem zuständigen Bergamt. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem Duldungspflichtigen zuzustellen sowie dem Wasserwerksbetreiber, dem Staatlichen Umweltamt, der Bezirksregierung und – soweit beteiligt – dem zuständigen Bergamt nachrichtlich zur Kenntnis zu geben. Sind landwirtschaftliche Belange betroffen, beteiligt die Untere Wasserbehörde in Problemfällen die Landwirtschaftskammer.

(5) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken sowie der Wasserwerksbetreiber können im Einzelfall durch Anordnung verpflichtet werden,

1. Maßnahmen zur Beobachtung des Gewässers und des Bodens durchzuführen oder durchführen zu lassen,
2. Aufzeichnungen über die Bewirtschaftung der Grundstücke anzufertigen, sowie die erstellten Aufzeichnungen oder sonstigen Unterlagen aufzubewahren und auf Verlangen vorzulegen.

Absatz 4 gilt entsprechend.

(6) Die Befugnis der Wasserbehörden zu gewässer-aufsichtlichen und ordnungsbehördlichen Anordnungen und Maßnahmen auf der Grundlage sonstiger Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

(7) Stellt eine Anordnung nach Absatz 1–5 eine Enteignung dar, so ist dafür Entschädigung nach den gesetzlichen Vorschriften zu leisten (§ 19 Abs. 3 Satz 1 WHG).

§ 6

Düngeanzeigeverfahren

(1) Mit der Anzeige zum Aufbringen von Nährstoffträgern ist für jedes Jahr und für jede Wirtschaftsfläche (Schlag) eine ausgeglichene Nährstoffbilanz nachzuweisen. Grundsätzlich sind die Flächen im Winter bis zum 15. Januar zu begrünen.

Sofern es aufgrund der besonderen Bodenbeschaffenheit und/oder späträumender Kulturen geboten ist, erteilt die Untere Wasserbehörde auf Antrag Ausnahmegenehmigungen vom Gebot der Winterbegrünung.

(2) Der Nachweis der ausgeglichenen Nährstoffbilanz wird dadurch erbracht, daß (z.B. in einer Schlagkartei) dargelegt wird, welche Nährstoffe nach

- Art,
- Menge,
- Art der Aufbringung und
- Zeitraum

aufgebracht werden und daß unter Berücksichtigung

- der Bodenart,
- des Nährstoffinhalts im Boden,
- des Nährstoffzugs durch die einzelne Frucht und Sorte, Zwischenfrucht und Untersaat

kein Nährstoffüberschuß entsteht.

Ist für Gartenbaubetriebe mit einer hohen Anzahl kleinflächiger Schläge ein schlagbezogener Nachweis unzumutbar, kann die Untere Wasserbehörde auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung von der schlagbezogenen Nachweispflicht erteilen. In der Ausnahmegenehmigung sind die Wirtschaftsflächen, auf die sich die Pflicht zum Nachweis einer ausgeglichenen Nährstoffbilanz beziehen soll, festzulegen.

(3) Der Nachweis der ausgeglichenen Nährstoffbilanz ist für jedes Jahr der zuständigen Unteren Wasserbehörde über die Kreisdienststelle der Landwirtschaftskammer bis zum 31. Januar des Folgejahres schriftlich anzuzeigen. Die Kreisdienststelle der Landwirtschaftskammer leitet die Anzeige, versehen mit einem Prüfvermerk, an die Untere Wasserbehörde weiter.

(4) Der Bewirtschafter der Wirtschaftsfläche ist verpflichtet, die Angaben zum Nährstoffinhalt im Boden – bezogen auf den Stickstoffgehalt – durch eine am Anfang und am Ende der Vegetationspe-

riode durchzuführende Messung eines neutralen Instituts zu belegen (N-min-Untersuchung). Die Messungen am Ende der Vegetationsperiode sind im Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung erstmalig, sodann im Abstand von 5 Jahren durchzuführen. Die Untere Wasserbehörde kann in den dazwischenliegenden Jahren Messungen verlangen

- bei nicht ausgeglichener Nährstoffbilanz,
- bei erhöhtem N-min-Gehalt im Rahmen der Regeluntersuchungen oder
- bei Nichterfüllung der Kriterien des Güllebeurteilungsblattes.

(5) Bei nachgewiesener Überdüngung ist die Untere Wasserbehörde – unbeschadet anderer Rechte – berechtigt, vor Beginn der Vegetationsperiode einen Düngeplan zu verlangen. Abs. 2, Abs. 3 sowie Abs. 4 S. 1 gelten entsprechend.

Bei unvorhersehbarer Nutzungsänderung bzw. nicht absehbarer Kulturfolge sind Abweichungen von der Planung zulässig.

§ 7

Anzeigeverfahren zur Anwendung von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln (PBSM)

(1) Mit der Anzeige zur Anwendung von PBSM ist für jedes Jahr und für jede Wirtschaftsfläche (Schlag) nachzuweisen, daß nach den Kriterien des integrierten Pflanzenschutzes gearbeitet wurde, die sich daran orientieren, eine Gewässerverunreinigung auszuschließen.

(2) Der Nachweis wird dadurch erbracht, daß in geeigneter Weise (z.B. in einem Pflanzenschutztagbuch oder einer Schlagkartei) die sachgerechte, den Anforderungen des Abs. 1 entsprechende Anwendung nach

- Datum,
- Art und Name des Mittels,
- Menge des Mittels,
- Anwendungsart,
- Kulturart,
- Anlaß der Anwendung (Vorsorge oder konkreter Befall)

dokumentiert wird.

Bei Wahl, Einsatzzeitpunkt, Menge und der Verwendung der Restmenge des PBSM sind die Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer zu berücksichtigen. Als Beratungsempfehlungen gelten auch Rundschreiben und Warnmeldungen.

(3) Der Nachweis gemäß Abs. 1 und 2 ist für jedes Jahr der zuständigen Unteren Wasserbehörde über die Kreisdienststelle der Landwirtschaftskammer bis zum 31. Januar des Folgejahres schriftlich anzuzeigen. Die Kreisdienststelle der Landwirtschaftskammer leitet die Anzeige, versehen mit einem Prüfvermerk, an die Untere Wasserbehörde weiter.

§ 8

Genehmigungen

(1) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die in der Anlage A jeweils genannten besonderen Voraussetzungen erfüllt sind und unter Berücksichtigung der konkreten örtlichen Verhältnisse eine Gewässerverunreinigung oder nachteilige Verän-

derung der Eigenschaften eines Gewässers nicht zu besorgen ist. Eine solche Besorgnis besteht auch dann, wenn durch eine Mehrzahl von Einzelmaßnahmen oder aufgrund des vorhandenen Gefährdungspotentials im Wasserschutzgebiet bzw. einzelnen Schutzzonen das Risiko einer Gewässerunreinigung erhöht wird.

(2) Über die Genehmigungen nach der Anlage A bzw. die Ausnahmegenehmigung nach § 6 Abs. 1 Satz 3 entscheidet die zuständige Untere Wasserbehörde. Dem Genehmigungsantrag sind in vierfacher Ausfertigung Unterlagen wie Beschreibung, Pläne, Zeichnungen und Nachweise beizufügen, soweit sie zur Beurteilung des Antrages und insbesondere der Voraussetzungen gemäß Absatz 1 erforderlich sind. Anträge, die mangelhaft sind oder ohne ausreichende Unterlagen vorgelegt werden, können ohne weiteres zurückgewiesen werden, wenn der Antragsteller die ihm mitgeteilten Mängel innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht behebt. Der Antragsteller ist auf diese Folgen hinzuweisen.

(3) Die Untere Wasserbehörde beteiligt den Wasserwerksbetreiber. Sind Betriebe betroffen, die der Bergaufsicht unterstehen, ist das zuständige Bergamt zu hören. Sind hygienische bzw. gesundheitliche Belange betroffen, ist das zuständige Gesundheitsamt zu beteiligen. Sind landwirtschaftliche Belange betroffen, sollte die Untere Wasserbehörde in der Regel die Landwirtschaftskammer beteiligen.

(4) Die Genehmigung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, soweit es das Interesse der öffentlichen Wasserversorgung gebietet, das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen, die bei der Erteilung der Genehmigung nicht voraussehbar waren. Eine Genehmigung kann auch einmalig für bestimmte in der Zukunft liegende Handlungen gleicher Art erteilt werden. Die Vorschriften des allgemeinen Ordnungsrechtes bleiben unberührt.

(5) Der mit Rechtsbehelfsbelehrung versehene Bescheid über den Genehmigungsantrag ist dem Antragsteller zuzustellen und den am Verwaltungsverfahren Beteiligten zu übersenden.

(6) Die Genehmigung erlischt, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung ein Jahr unterbrochen worden ist.

(7) Einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften dieser Verordnung bedarf es nicht für Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, bergrechtlichen Betriebsplanzulassung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, wenn diese von der Unteren Wasserbehörde oder mit deren Einvernehmen erteilt werden. Absatz 3 gilt entsprechend.

(8) Vorstehende Regelungen gelten nicht für Entscheidungen, die in einem Planfeststellungsverfahren ergehen.

(9) Die nach dieser Verordnung bestehenden Genehmigungspflichten bleiben auch dann bestehen, wenn aufgrund einer Änderung anderer gesetzlicher Vorschriften die danach bestehende Genehmigungspflicht entfällt.

§ 9

Befreiungen

(1) Die Untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten der Anlage A bzw. § 4 Abs. 1 dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn andere Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen und

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder
2. das Verbot zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und die Abweichung mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Gewässerschutzes im Sinne dieser Verordnung, vereinbar ist.

Vor der Entscheidung ist der Wasserwerksbetreiber zu beteiligen.

(2) Dem Wasserwerksbetreiber kann auf Antrag von der Unteren Wasserbehörde Befreiung von den Genehmigungsvorbehalten und Verboten dieser Verordnung erteilt werden, soweit dies zum Betreiben der Wassergewinnungs- und -versorgungsanlage erforderlich und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist.

(3) Die Untere Wasserbehörde holt vor ihrer Entscheidung die Stellungnahme des Staatlichen Umweltamtes, in hygienischen und gesundheitlichen Fragen des zuständigen Gesundheitsamtes, in landwirtschaftlichen Fragen ggf. auch der Landwirtschaftskammer ein. Sind Betriebe betroffen, die der Bergaufsicht unterliegen, so ist das zuständige Bergamt zu hören. Will die Untere Wasserbehörde Bedenken des Staatlichen Umweltamtes nicht Rechnung tragen, so hat sie die Weisung der Oberen Wasserbehörde einzuholen.

(4) Im übrigen gilt § 8 Abs. 2, 4, 5 und 8 dieser Verordnung entsprechend.

§ 10

Vorrang der Kooperation

(1) Die in den §§ 6 und 7 dieser Verordnung festgelegten Bestimmungen gelten nicht für Mitglieder einer Kooperation, soweit diese verbindliche Regelungen für die in den vorgenannten Paragraphen genannten Tatbestände getroffen hat. Die Regelungen der Kooperation müssen sich an den Inhalten und Zielen dieser Verordnung orientieren.

(2) Im Rahmen des Genehmigungs- und Befreiungsverfahrens bezüglich

- der Umwandlung von Dauergrünland,
- des Neuanlegens und Erweiterns von Gartenbaubetrieben,
- des Errichtens, Erweiterns, wesentlichen Ändern von Güllebehältern,
- der Intensivbeweidung,
- des Anlegens von Silagen und Silagemieten,
- des Errichtens von Silagesilos,
- des Erweiterns des Viehbestandes im Zuge von baulichen Maßnahmen

ist die Kooperation, dessen Mitglied der Antragsteller ist, vor der Entscheidung der Unteren Wasserbehörde von dieser anzuhören.

(3) Eine Kooperation im Sinne dieser Verordnung ist - unabhängig von der Rechtsform - der vertragliche oder mitgliederschaftliche Zusammenschluß von Landwirtschafts- oder Gartenbaubetrieben einerseits und einem Wasserversorgungsunternehmen der öffentlichen Trinkwasserversorgung an-

dererseits. Die Kooperation muß im Rahmen der Zielsetzung der 12-Punkte-Vereinbarung des MURL von 1989 arbeiten und für die Mitglieder bzw. Vertragspartner verbindliche Regelungen mindestens im Hinblick auf die Nährstoffaufbringung und die Anwendung von PBSM treffen.

(4) Die zuständige Untere Wasserbehörde muß berechtigt sein, von den Vertretungsgremien der Kooperation Auskunft über deren allgemeine Tätigkeit zu verlangen. Die Untere Wasserbehörde muß insbesondere die in der Kooperation geltenden Anforderungen an die Düngepläne und -kontrollverfahren sowie die Anwendung von zugelassenen PBSM prüfen können. Dies soll in mindestens jährlichen Beratungsgesprächen geschehen.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach dieser Verordnung genehmigungspflichtige Handlung ohne die Genehmigung nach § 8 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach dieser Verordnung verbotene Handlung ohne die Befreiung nach § 9 vornimmt.

(3) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG, § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den nach §§ 6 und 7 dieser Verordnung festgelegten Anzeigepflichten nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 100 000,- DM geahndet werden.

§ 12

Andere Rechtsvorschriften

(1) Ansprüche auf Entschädigungsleistung, Ausgleichszahlung für wirtschaftliche Nachteile oder pauschale Ausgleichszahlung in Härtefällen richten sich insbesondere nach § 19 WHG, §§ 15, 134 und 135 LWG. Das Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetz (EEG NW) findet Anwendung.

(2) Die ansonsten in Gesetzen oder aufgrund eines Gesetzes vorgesehenen Verbote, Genehmigungs-, Zulassungs-, Duldungs- und Anzeigepflichten oder Beschränkungen bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für die §§ 6, 19g, 19h, 26 und 34 Wasserhaushaltsgesetz.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Kraft.

Sie hat gemäß § 14 Abs. 3 LWG eine Geltungsdauer von 40 Jahren.

Die Bezirksregierung
als Obere Wasserbehörde
Büssow

Anlage A
zur Wasserschutzgebietsverordnung **Broichhof**

(Zeichenerklärung: V = Handlung oder Maßnahme ist verboten
G = Handlung oder Maßnahme unterliegt der Genehmigungspflicht
durch die zuständige Wasserbehörde)

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
1. Abfallentsorgung/Lagern und Ablagern von Stoffen				
1.1 Anlagen zum Ablagern von Stoffen jeder Art: Errichten, Erweitern	G: Ablagerungen von Locker- und Festgestein, wenn durch Umsetzungs- und Auslaugungsprozesse eine nachteilige Veränderung der Gewässer nicht zu besorgen ist. im übrigen: V	V	V	V
1.2 Abfallbehandlungsanlagen (ausgenommen Anlagen gemäß Zf. 1.4 - 1.6): Errichten, Erweitern	G: Anlagen, in denen feste Abfallstoffe durch Sortieren, Bearbeiten oder Aufbereiten für den Wirtschaftskreislauf zurückgewonnen werden im übrigen: V	V	V	V
1.3 Abfallumschlaganlagen und Zwischenlager (ausgenommen Zf. 1.4 - 1.6)	G	G: vorübergehende Zwi- schenlager im Rahmen von Bautätigkeit im übrigen: V	V	V
1.4 Kompostierungsanlagen (ausgenommen: Bioabfall- und Grünschnittkompostierung auf privaten Wohngrundstücken): Errichten, Erweitern	G: Anlagen für reine Grün- abfälle im übrigen: V	G: Anlagen für reine Grün- abfälle mit einem Durch- satz von weniger als 2 t pro Jahr im übrigen: V	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
1.5 Anlagen zum Umschlagen, Ablagern, Lagern, Behandeln, Zwischenlagern, Aufarbeiten radioaktiver Abfallstoffe (aus- genommen im medizinischen Bereich sowie im Bereich der Prüf- Meß- und Regeltechnik): Errichten, Erweitern	V	V	V	V
1.6 Anlagen zum Lagern und Ver- arbeiten von Autowracks, Kraft- fahrzeugschrott, sonstigen mit wassergefährdenden Stoffen be- hafteten Schrotten und Altreifen: Errichten, Erweitern	V	V	V	V
1.7 Wesentliches Ändern von Anlagen gemäß Zf. 1.1-1.6.	G	G: -Maßnahmen, die das Gefährdungspotential vermindern -Anlagen für reine Grünabfälle mit einem Durchsatz von weniger als 2 t pro Jahr im übrigen: V	V	V
2. Abgrabungen, Erdaufschlüsse (Ausnahme: Maßnahmen zum Aufstellen von Masten , Verle- gen von Ver- und Entsor- gungsleitungen): Herstellen, Erweitern, wesentliches Ändern				
2.1 wenn das Grundwasser dauernd oder zeitweise freigelegt wird	G: Baugruben im übrigen: V	G: Baugruben im übrigen: V	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
2.2 wenn die Grundwasserüber- deckung wesentlich vermindert oder eine reinigende Schicht freigelegt wird	G: wenn eine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwas- sers verbleibt oder hergestellt wird. im übrigen: V	V	V	V
3. Abwasseranlagen (§ 2 - ausge- nommen Anlagen gem. Zf. 4.): Errichten, Erweitern, Wieder- herstellen, wesentl. Ändern	G	G	G: Sanierungsmaß- nahmen im übrigen: V	V
4. Abwasserbehandlungsanlagen (§ 2)				
4.1 Errichten	G	G: Beckenanlagen V: Kläranlagen der Größenklasse 2 - 5	V	V
4.2 Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	G: Sanierungsmaß- nahmen Im übrigen: V	V
5. Abwasser (§ 2): Einleiten, Aufbringen				
5.1 Schmutzwasser, unbehandelt	V	V	V	V
5.2 Schmutzwasser (§ 2), behandelt (nach DIN 4261)				
5.2.1.1 Einleiten in oberirdische Gewäs- ser, die nicht die Zone II durch- fließen	G	G	V	V
5.2.1.2 Einleiten in oberirdische Gewäs- ser, die die Zone II durchfließen	G	V	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
5.2.2 Kleinkläranlagen nach DIN 4261, Teil 1 und Teil 2 mit Untergrundverrieselung	G	G: im Zusammenhang mit bei Inkrafttreten der Ver- ordnung vorhandenen An- lagen bzw. nach Zf.4.2. genehmigter Änderungen, Sanierungen im übrigen: V	V	V
5.2.3 Versickern über Sickerschacht	V	V	V	V
5.2.4. Großflächiges Versickern über die belebte Bodenzone in dafür geeigneten Anlagen	G	G	V	V
5.2.5 Aufbringen auf die Oberfläche	G	G	V	V
5.3. Niederschlagswasser (§ 2), unbehandelt				
5.3.1. Einleiten in oberirdische Gewässer	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
5.3.2. punktuelle Eintrag in den Untergrund (Sickerschacht)	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten - ausgenommen Verkehrsanla- gen - unter Beachtung der Vorgaben des ATV- Arbeitsblattes A 138 im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
5.3.3. großflächiges Versickern über die belebte Bodenzone	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
5.4. Niederschlagswasser (§ 2), behandelt				
5.4.1 Einleiten in oberirdische Gewässer	G	G	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
5.4.2 punktueller Eintrag in den Untergrund (Sickerschacht)	G: aus Wohngebieten oder vergleichbaren Gebieten - ausgenommen Verkehrsan- lagen - unter Beachtung der Vorgaben des ATV-Ar- beitsblattes A 138 im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
5.4.3 großflächiges Versickern über die belebte Bodenzone	G	G	V	V
6. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (siehe Ziff. 61, 62 und 63)				
7. Badebetrieb an oberirdischen Gewässern: Einrichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
8. Bahnanlagen (ausgenommen Rangierbahnhöfe): Ausweisen, Bauen, Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
9. Baugebiete: Festsetzung in Bebauungsplänen	V: Gebiete mit Festsetzun- gen für nach Ziff. 61, 62 und 63 verbotene Anlagen	V: Gebiete mit Festsetzun- gen für nach Ziff. 61, 62 und 63 verbotene Anlagen	V	V
10. bauliche Anlagen: Errichten, Erweitern wesentliches Ändern	G	V: - wassergefährdende Anla- gen nach den Regelungen in. Zf.61, 62, 63 - wenn Stoffe verwendet werden, bei denen die Ge- fahr der Auswaschung oder Auslaugung wasser- gefährdender Stoffe besteht im übrigen: G	V	V
11. Befahren von Gewässern	G: für Fahrzeuge mit Ver- brennungsmotor	V: für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
12. Bodenmaterial: Einbau (siehe wassergefährdende Materialien)				
13. Bohrungen (z.B. auch Erkundungen von Altlasten)	G Ausnahme: für geologische und bodenkundliche Unter- suchungen, Grundwasser- beobachtungsdienst, Nähr- stoffuntersuchungen, Setzen von Weidepfählen	wie Zone III B	G: für bodenkundl. Untersuchungen, Grundwasserbeo- bachtungsdienst, Nährstoffuntersu- chungen, Setzen von Weidepfählen im übrigen:V	V
14. Dauergrünland: Umwandeln in Ackerland	G	G	V	V
15. Düngemittel (siehe Nährstoffträger)				
16. Festmist (§2) (siehe Nährstoffträger)				
17. Festmistlager: Errichten, Erweitern	V Ausnahme: mit wasserun- durchlässiger Bodenabdich- tung und geordneter Sicker- wasserableitung	wie Zone III B	V	V
18. Fischteiche: Anlegen, Erweitern, wesentliches Ändern	G Ausnahme: Zierteiche, in Landschaftsplänen fest- gesetzte Biotope	V Ausnahme: Zierteiche, in Landschaftsplänen fest- gesetzte Biotope	V	V
19. Fischhaltung mit regel- mäßiger Zufütterung	V	V	V	V
20. Friedhöfe:				
20.1 Neuanlegen	G	V	V	V
20.2 Erweitern	G	G	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
21. Gartenbaubetriebe mit Ge- wächshäusern: Neuanlegen, Erweitern	G	G	V	V
22. Golfsportanlagen: Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	G: wenn eine Besorgnis der nachteiligen Veränderung des Grundwassers durch Nährstoffträger oder PBSM durch eine ausreichende Ab- dichtung der Greens oder ein überprüfbares Bewirtschaf- tungskonzept ausgeschlossen ist. im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
23. Gülle (siehe Nährstoffträger)				
24. Güllebehälter (siehe Ziff. 61)				
25. Intensivbeweidung (§ 2)		G	V	V
26. Jauche (siehe Nährstoffträger)				
27. Klärschlamm Aufbringen	G	V	V	V
28. Kleingartenanlagen: Neuanlegen, Erweitern, Darstel- lung in Flächennutzungsplänen, Festsetzung in Bebauungsplänen	G	V	V	V
29. Kompost (siehe Nährstoffträger)				
30. Kompostierungsanlagen (siehe Abfallentsorgung)				
31. Kühlwasser, unbelastetes: Einleiten in den Untergrund	G: großflächiges Einleiten im übrigen: V	wie Zone III B	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
32. Lagern, Campen	-	V Ausnahme: innerhalb dafür vorgesehener Einrichtun- gen	V	V
33. Lande-/ Startbahnen				
33.1 Ausweisen, Errichten	V	V	V	V
33.2 Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V
34. Märkte, Volksfeste, Ausstel- lungen, oder ähnl. Veranstal- tungen außerhalb dafür zugelassener Anlagen	-	G	V	V
35. Motorsport	G	G	V	V
36. Nährstoffträger (§ 2)				
36.1 Aufbringen auf Flächen mit land-, forstwirtschaftlicher oder erwerbsgärtnerischer Nutzung, Sportgrünflächen u. öffentliche Grünflächen	anzeigepflichtig (§ 6)	wie Zone III B	V Ausnahme: anzeigepflichtig (§ 6) ist Aufbringen mineralischer Düngemittel	V
36.2 Aufbringen auf sonstigen Flächen	V Ausnahme: gewässer- schonende Düngung (§ 2)	wie Zone III B	V Ausnahme: gewäs- serschonende Dün- gung (§ 2) mit mineralischen Düngern	V
36.3 Aufbringen bei Besorgnis der Abschwemmung, insbesondere auf tiefgefrorenem Boden oder auf hängigen Flächen	V	V	V	V
37. Notabwurfplätze des Luftverkehrs: Ausweisen	G	V	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
38. Park-, Rastplätze, Stellplätze für mehr als 10 KfZ: Errichten, Erweitern	G	G	V	V
39. Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (§ 2)				
39.1 Anwenden von in Wasser- schutzgebieten nicht zuge- lassenen PBSM (§ 2)	V	V	V	V
39.2 Anwenden zugelassener PBSM (§ 2) auf Flächen mit land-, forstwirtschaftlicher, erwerbsgärtnerischer Nutzung (§2), Sportgrünflächen u. öffentl. Grünflächen	anzeigepflichtig (§ 7)	wie Zone III B	wie Zone III B	V
39.3 Anwenden zugelassener PBSM (§ 2) in Privatgärten, Kleingärten	V Ausnahme: gewässerschon- ende Anwendung (§ 2)	wie Zone III B	V	V
39.4 Anwenden zugelassener PBSM (§ 2) auf sonstigen Flächen (insbesondere Verkehrsanlagen, Sportanlagen, befestigte Flächen)	G: gewässerschonende An- wendung (§ 2), wenn es zur Verkehrssicherung erforder- lich ist und der Anwender einen Sachkundenachweis besitzt im übrigen: V	wie Zone III B	wie Zone III B	V
39.5 Reinigen von Spritzmittelanla- gen auf Flächen, von denen abfließendes Wasser in ein Gewässer (Grund- oder Oberflächenwasser) gelangen kann	V	V	V	V
40. Pferche (siehe Intensivbeweidung)				
41. Post- und Stromkabel (siehe Versorgungsleitungen)				

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
42. Rangier- / Güterbahnhöfe: Errichten, wesentliches Ändern	V	V	V	V
43. Rastanlagen (siehe Parkplätze)				
44. Recycling-Materialien (§ 2): Verwenden bei baulichen Maßnahmen aller Art	G: bei Einhaltung der Anforderungen der unter § 2 genannten Erlasse im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
45. Regenklärbecken, Regenüberlaufbecken Errichten, wesentliches Ändern, wesentliches Erweitern, Sanieren	G	G	V	V
46. Rohrleitungen zum Trans- port wassergefährdender Stoffe im Sinne des § 19 a WHG				
46.1 Errichten, Erweitern	G	G:Rohrleitungen innerhalb von Wohn- oder Betriebs- grundstücken mit aus- reichenden Sicherheits- vorkehrungen gegen den Austritt wassergefährden- der Stoffe in den Unter- grund im übrigen: V	V	V
46.2 wesentliches Ändern, Sanieren	G	G	V	V
47. Schießstände (außerhalb von Gebäuden)				
47.1 Errichten	V: Tontaubenschießen im übrigen: G	G: in Außenanlagen mit Auffang auf abgedichteten Flächen im übrigen: V	V	V
47.2 Erweitern, wesentliches Ändern	G	G	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
48. Silagen, Silagemieten: Anlegen	V Ausnahme: mit dichter Bodenplatte mit Auffang- behälter oder wenn keine Sickersäfte entstehen	wie Zone III B	V	V
49. Silagesilos: Errichten	G	G	V	V
50. Sprengungen	G	G	V	-
51. Stellplätze (siehe Parkplätze)				
52. Straßen und Wege: Bauen neuer Straßen und Wege sowie Erweitern und wesent- liches Ändern, soweit dies über die übliche Unterhaltung und örtlich begrenzte Verkehrs- sicherungsmaßnahmen hinaus- geht	G	G	V	V
53. Stromkabel (siehe Versorgungsleitungen)				
54. Tontaubenschießen (siehe Schießstände)				
55. Versorgungsleitungen				
55.1 Stromleitungen mit flüssigen, wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln				
55.1.1 Errichten, Erweitern	G	G: oberirdische Leitungen im übrigen: V	V	V
55.1.2 wesentliches Ändern	-	G	V	V
55.2 sonstige Versorgungsleitungen				

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
55.2.1 Verlegen	-	-	G: Post, Stromkabel, notwendige Versor- gungsleitungen für das Wasserwerk im übrigen: V	V
55.2.2 Unterhaltungsmaßnahmen	-	-	G	V
56. Viehbestand in landwirt- schaftlichen Betrieben: Erweitern im Zusammenhang mit baulichen Maßnahmen	G	G	V	V
57. Wärmepumpen: Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	-	G	V	V
58. Wald				
58.1 Kahlschlag über 1 ha	V	V	V	V
58.2 Kahlschlag (§ 2)	-	-	V	V
58.3 Umwandeln von Wald und forstwirtschaftlich genutzten Flächen in andere Nutzungsarten	G	G	V	V
59. wassergefährdende Materialien einschl. Bodenaushub (§ 2): Verwenden (z.B. Einbau, Verfüllung, Abdeckung von Altlasten, Herstellung von Lärmschutzwällen)	G: Materialien mit Zuord- nungswert Z 0 nach der Richtlinie der Länderarbeits- gemeinschaft Abfall (LAGA) "Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststof- fen / Abfällen - Technische Regel" im übrigen: V	wie Zone III B	V	V
60. wassergefährdende Stoffe- § 2 -(soweit diese Verordnung keine Sonderregelungen enthält):				

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
60.1 Einleiten in den Untergrund (z.B. Versickern, Versenken)	V	V	V	V
60.2 offenes oder ungesichertes Lagern	V	V	V	V
60.3 Transportieren	-	-	V Ausnahme: Anliegerverkehr	V
61. wassergefährdende Stoffe - Anlagen zum Lagern, Abfül- len, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden (mit Ausnahme von Festmist- lagern - Zf. 17 - und Anlagen gemäß Zf. 62 und 63)				

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
61.1 Errichten, Erweitern	G	<p>G:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anlagen zum Lagern von Heizöl und Dieselöl in oberirdischen Anlagen bis 30.000 l zum Eigenverbrauch - Anlagen zum Lagern von Heizöl in oberirdischen Anlagen für die bei Inkrafttreten der Verordnung bestehenden Gartenbaubetriebe mit Unterglas-kulturflächen bis 100.000 l - abgedichtete, eingefaßte und überdachte Flächen zum Lagern von PBSM bis maximal 1 cbm Gesamtvolumen und für mineralischen Dünger bis maximal 100 cbm sowie für Branntkalk - kontrollierbar dichte Behälter zum Sammeln und Lagern von Silagesickersäften und Jauche sowie zum Sammeln von Gülle, ferner oberirdische dichte Behälter zum Lagern von Gülle; - dichte Behälter zum Lagern geringer Mengen sonstiger wassergefährdender Stoffe, höchstens in einer Gesamtmenge bis 200 l; - Anlagen zum Verwenden wassergefährdender Stoffe in geringer Menge, höchstens in einer Gesamtmenge bis 200 l - abgedichtete Flächen zum Sammeln oder Lagern von Festmist, wenn die anfallenden Abwässer ordnungsgemäß beseitigt werden <p>im übrigen: V</p>	V	V

Zone Tatbestand	III B	III A	II	I
61.2 wesentliches Ändern	G	G	V	V
62. wassergefährdende Stoffe - Anlagen zum Erzeugen, Bear- beiten, Verarbeiten oder Spalten von Kernbrennstoffen, Aufarbeiten bestrahlter Kern- brennstoffe, Erzeugen ionisie- render Strahlen sowie Lagern u. Zwischenlagern radioakti- ver Stoffe				
62.1 Errichten, Erweitern	V	V	V	V
62.2 Wesentliches Ändern	G	G: Maßnahmen, die das Gefährdungspotential vermindern im übrigen: V	V	V
63. wassergefährliche Großanlagen (§ 2)				
63.1 Errichten, Erweitern	V	V	V	V
63.2 wesentliches Ändern	G	G	V	V
64. Zelten (siehe Lagern)				

Gewerbeaufsicht

256 Antrag der Firma RWE Energie AG
auf Erteilung einer Genehmigung
nach § 16 Bundes-ImmissionsschutzgesetzBezirksregierung
56.8851.1.1/4156

Düsseldorf, den 10. Juli 1998

Öffentliche Bekanntmachung

Die RWE Energie AG, Kruppstraße 5 in 45128 Essen, hat mit Schreiben vom 5. Juni 1998 die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 BImSchG zur wesentlichen Änderung des bestehenden Kraftwerkes A 787 der Bayer AG im Werk Dormagen (Gemarkung Dormagen, Flur 2, Flurstück 693) durch Errichtung einer Gas- und Dampfturbinen-Anlage (GuD-Anlage) mit einer Feuerungswärmeleistung von maximal 1250 MW bei einer Wärmeauskopplung von maximal 310 MW und Betrieb des gesamten GuD-Heizkraftwerkes (Kraftwerk A 787/GuD-Anlage) beantragt.

Die GuD-Anlage soll auf dem Betriebsgelände des Kraftwerkes A 787 der Bayer AG im Werk Dormagen in der Gemarkung Dormagen, Flur 2, Flurstück 693 errichtet werden.

Das beantragte Vorhaben beinhaltet im wesentlichen die Errichtung und den Betrieb folgender Anlagenteile:

- 2 Gasturbinen,
- 2 ungefeuerte Abhitze-Dampferzeuger mit Abgaskamin,
- 1 Dampfturbine,
- 8 Naßzellenkühler.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekanntgemacht. Die Antragsunterlagen liegen in der Zeit vom 4. August 1998 bis 1. September 1998 bei der

Bezirksregierung Düsseldorf
Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf
Zimmer 240 a

Montag und Dienstag von	8.30 bis 15.00 Uhr
Mittwoch bis Freitag von	8.30 bis 14.30 Uhr
sowie am ersten Dienstag im Monat von	8.30 bis 18.00 Uhr

bei der Stadtverwaltung Dormagen
Technisches Rathaus (Bauverwaltungsamt)
Mathias-Giesen-Straße 11, 41539 Dormagen
Zimmer 214

Montag von	8.30-12.00 Uhr 14.15-15.30 Uhr
Dienstag von	8.00-12.00 Uhr 14.15-16.00 Uhr
Mittwoch von	8.30-12.00 Uhr 14.15-15.30 Uhr
Donnerstag von	8.30-12.00 Uhr 14.15-17.00 Uhr
Freitag von	8.30-12.00 Uhr

bei der Stadtverwaltung Monheim
Fachbereich 5.3 (Raumplanung und Umwelt)
Rathausplatz 2, 40789 Monheim
Zimmer 222

Montag bis Mittwoch von	8.30-12.00 Uhr 13.00-15.00 Uhr
Donnerstag von	8.30-12.00 Uhr 13.00-17.30 Uhr
Freitag von	8.30-12.00 Uhr

beim Bezirksamt Köln-Chorweiler
Pariser Platz 1, 50765 Köln
Zimmer 344

Montag bis Donnerstag von	8.30-16.00 Uhr
Freitag von	8.30-12.00 Uhr

zur Einsicht aus.

Ich fordere hiermit auf, etwaige erörterungsfähige Einwendungen gegen das Vorhaben entweder schriftlich oder zur Niederschrift bei mir oder an den Auslegungsorten innerhalb der Einwendungsfrist in der Zeit vom 4. August 1998 bis 15. September 1998 vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Einwendungsfrist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 10 Abs. 3 BImSchG).

Die Einwendungen haben neben dem Vor- und Zunamen (Familiennamen) auch die volle leserliche Anschrift des Einwenders zu tragen.

Einwendungen, die unleserliche Namen oder Anschriften aufweisen, müssen unberücksichtigt bleiben. Darüber hinaus werden auch nur solche Einwendungen Berücksichtigung finden, die erkennen lassen, welches seiner Rechtsgüter (z.B. Leib, Leben und Gesundheit oder Eigentum) der Einwender für gefährdet ansieht.

Desgleichen bleiben gemäß § 17 Abs. 2 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes NRW gleichförmige Einwendungen unberücksichtigt, die nicht auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite deutlich sichtbar Name, Beruf und Anschrift des Vertreters der übrigen Unterzeichner erkennen lassen oder bei denen der Vertreter keine natürliche Person ist.

Die Einwendungen werden an den Antragsteller weitergegeben; jedoch werden auf Verlangen des Einwenders dessen Namen und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit diese Angaben nicht zur Beurteilung des Inhaltes der Einwendung erforderlich sind.

Der Termin für den Beginn der Erörterung wird bestimmt auf den 28. September 1998, ab 10.00 Uhr. Die Erörterung findet im Großen Saal des Bürgerhauses Dormagen-Hackenbroich, Salm-Reifferscheidt-Allee 20, 41540 Dormagen statt.

Zu diesem Termin wird nicht gesondert eingeladen.

Kann die Erörterung nach Beginn des Termins an dem festgesetzten Tag nicht abgeschlossen werden, so wird sie unterbrochen und am nächsten und/oder den folgenden Tagen weitergeführt. Der Termin für die Weiterführung der Erörterung wird jeweils bei Unterbrechung der Erörterung an dem Tag, an dem diese nicht abgeschlossen werden kann, den Teilnehmern mitgeteilt. Eine weitere besondere Bekanntmachung erfolgt nicht.

Durch die Teilnahme an dem Erörterungstermin entstehende Kosten werden nicht erstattet. Es wird darauf hingewiesen, daß fristgerecht erhobene Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Die Zustellung der Entscheidung an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Im Auftrag
gez. Goetsch

Abl. Reg. Ddf. 1998 S. 209

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

257 Neugenehmigung einer Anlage
gemäß § 4 BImSchG – Antrag auf Genehmigung –
(Fa. TEERBAU GmbH,
Prinz-Friedrich-Straße 3, 45257 Essen)

hier: Öffentliche Bekanntmachung eines Vorhabens gemäß § 10 Bundes-Immissionsschutzgesetz

Staatliches Umweltamt Duisburg
21.024/98/0215.1 – St

Duisburg, den 14. Juli 1998

Bekanntmachung

Antrag auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer gewerblichen Anlage nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) der Firma Teerbau GmbH, Prinz-Friedrich-Straße 3, 45257 Essen.

Beantragt wird die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Herstellung oder zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen mit einer Kapazität von 360 t/h. Es handelt sich bei dem Vorhaben um eine Anlage gemäß Nr. 2.15, Spalte 1 im Anhang der 4. BImSchV.

Im Antrag mit enthalten ist die Lagerung und Aufbereitung von Mineralstoffen, Ausbausphal/Betonaufbruch und pechhaltigem Straßenaufbruch auf dem Grundstück in 46049 Oberhausen, Buschhausener Straße, Flur 9, Flurstück 326, 327.

Die geplante Anlage besteht aus folgenden Teilen:

- Boxen für die Materiallagerung,
- Lagerhalle für pechhaltige Straßenbaustoffe,
- zwei Asphaltmischanlagen;
Kapazität: 120 t/h und 240 t/h,
- Brechanlage,
- Büro- und Sozialgebäude,
- Werkstatthalle,
- Unterflur-Fahrzeugwaage,
- Trafo-Gebäude,
- befestigte PKW-Stellplätze,
- Betriebstankstelle.

Es wird beantragt, die Anlage Ende 1998 in Betrieb nehmen zu können.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 BImSchG öffentlich bekanntgegeben.

Die Antragsunterlagen liegen in der Zeit vom 3. August 1998 bis 3. September 1998 beim Staatlichen Umweltamt Duisburg, Am Freischütz 10, 47058 Duisburg, während der Dienstzeiten Montag und Dienstag von 7.30 bis 16.00 Uhr, Mittwoch bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr, sowie im Rathaus der Stadt Oberhausen, Schwartzstraße 72, 46042 Oberhausen im Zimmer 322 während der Dienstzeiten zur Einsichtnahme aus.

Ich fordere hiermit auf, erörterungsfähige Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich innerhalb der vorgeschriebenen Einwendungsfrist beim Staatlichen Umweltamt Duisburg oder beim Rathaus Oberhausen vorzubringen. Die Einwendungsfrist beginnt am 3. August 1998 und endet zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist am 17. September 1998.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen (§ 10 Abs. 6 BImSchG).

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 10 Abs. 3 BImSchG).

Die Einwendungen sollen neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle leserliche Anschrift der Einwendungen oder Einwender enthalten. Unleserliche Namen und Anschriften können bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen werden. Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die erkennen lassen, welches der Rechtsgüter (z.B. Gesundheit, Eigentum, Besitz) die Einwenderinnen oder Einwender für gefährdet halten.

Desgleichen bleiben gemäß § 17 Abs. 2 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen gleichförmige Einwendungen unberücksichtigt, die nicht auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite deutlich sichtbar Name und Anschrift des Vertreters der übrigen Unterzeichner erkennen lassen oder bei denen der Vertreter keine natürliche Person ist.

Die Einwendungen werden dem Antragsteller bekanntgegeben. Auf Verlangen der Einwenderinnen oder Einwender werden deren Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Der Erörterungstermin wird festgelegt auf den 23. September 1998 um 10.00 Uhr im Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen.

Zu diesem Termin wird nicht gesondert geladen.

Kann die Erörterung nach Beginn des Termins an dem festgesetzten Tag nicht abgeschlossen werden, so wird sie unterbrochen und am nächsten Tag sowie ggfs. an einem weiteren Tag weitergeführt. Der Termin für die Weiterführung der Erörterung wird jeweils bei Unterbrechung der Erörterung an dem Tag, an dem diese nicht abgeschlossen werden kann, den Teilnehmern mitgeteilt. Eine weitere Bekanntmachung erfolgt nicht.

Durch die Teilnahme am Erörterungstermin entstehende Kosten können nicht erstattet werden. Es wird darauf hingewiesen, daß frist- und formgerecht erhobene Einwendungen auch bei Ausblei-

ben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Duisburg, den 15. Juli 1998

Genehmigungsbehörde
Staatl. Umweltamt
Duisburg

Im Auftrag
Steeger

Abl. Reg. Ddf. 1998 S. 210

**Bekanntmachung
über die öffentliche Auslegung des
„Automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB)“
für den Bereich der Gemarkungen
Hamborn, Walsum und Baerl
gemäß § 11, Abs. 4 und § 27, Abs. 5
des Vermessungs- und Katastergesetzes NW
in Verbindung mit § 3 der
1. Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz**

Wegen der Umstellung des Katasterbuchwerks auf das „Automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB)“ und teilweiser Einführung durch Feldvergleich ermittelter Nutzungsarten (Realnutzungen) liegt das Liegenschaftskataster den Gemarkungen Hamborn, Walsum und Baerl in der Zeit vom

10. August bis zum 10. September 1998

einschließlich, im Vermessungs- und Katasteramt Duisburg, Friedrich-Albert-Lange-Platz 7, Stadthaus, Eingang Moselstraße, Zimmer 131, an Werktagen montags bis freitags von 8.00 bis 12.30 Uhr sowie dienstags außerdem von 14.00 bis 16.00 Uhr, öffentlich aus.

Zur Einsichtnahme berechtigt sind Grundstückseigentümer sowie Inhaber von Rechten an den

Grundstücken, insbesondere Erbbauberechtigte. Die Berechtigung muß nachgewiesen werden.

Gegen die in das Liegenschaftskataster übernommenen Angaben können Berechtigte Widerspruch nach den Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung erheben. Widerspruch ist innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Oberbürgermeisterin der Stadt Duisburg, Vermessungs- und Katasteramt, 47049 Duisburg, Friedrich-Albert-Lange-Platz 7, Stadthaus, Eingang Moselstraße, Zimmer 131, einzulegen.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist tritt das „Automatisierte Liegenschaftsbuch“ für die Gemarkungen Hamborn, Walsum und Baerl an die Stelle des bisherigen Katasterbuchwerks.

Duisburg, den 9. Juli 1998

Stadt Duisburg
Die Oberbürgermeisterin
In Vertretung
Dressler
(Beigeordneter)

Abl. Reg. Ddf. 1998 S. 211

259

**Kraftloserklärung
eines Sparkassenbuches
(Nr. 1 938 253 0)**

Das Sparkassenbuch Nr. 19382530 wird nach § 16 SpkVO NRW für kraftlos erklärt.

Solingen, den 15. Juli 1998

Stadt-Sparkasse
Solingen
Vorstand

Abl. Reg. Ddf. 1998 S. 211

Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattstelle – Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf, zu richten.

Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich.

Redaktionsschluß: Freitag, 10.00 Uhr

Laufender Bezug nur im Abonnement. Abonnementsbestellungen und -abbestellungen können für den folgenden Abonnementszeitraum – 1. 1. bis 30. 6. und 1. 7. bis 31. 12. – nur berücksichtigt werden, wenn sie spätestens am 30. November bzw. 31. Mai der ABO-Verwaltung von A. Bagel, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf,

Fax (02 11) 96 82/2 29, Telefon (02 11) 9 68 22 41, vorliegen.

Bei jedem Schriftwechsel die auf dem Adressenetikett in der Mitte obenstehende sechsstellige Kundennummer angeben, bei Adressenänderung das Adressenetikett mit berichtigter Adresse an die ABO-Verwaltung von A. Bagel zurücksenden.

Bezugspreis: Der Bezugspreis beträgt halbjährlich 21,- DM und wird im Namen und für Rechnung der Bezirksregierung von A. Bagel im voraus erhoben.

Einrückungsgebühren für die 2spaltige Zeile oder deren Raum 1,80 DM.

Einzelpreis dieser Ausgabe 3,50 DM zzgl. 1,- DM Versandkosten.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelstücke werden durch A. Bagel, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf, Fax (02 11) 96 82/2 29, Telefon (02 11) 9 68 22 41, geliefert. Von Vorabsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung.

Herausgeber: Bezirksregierung, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach